

Deutschland-Hofbier: IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung
OJ S 35/2023 17/02/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Hofbieber
Postanschrift: Schulweg 5
Ort: Hofbier
NUTS-Code: DE732 Fulda
Postleitzahl: 36145
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Herr Rüdiger Ratz
E-Mail: Ruediger.Ratz@hofbieber.de
Telefon: +49 6657/987-211
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.hofbieber.de/>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YKP6LCB/documents>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YKP6LCB>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Gemeinde Hofbieber - Ausschreibungsverfahren zur Erstellung einer Bilanz der klimabeeinflussenden Treibhausgase im Gemeindegebiet

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Gemeinde Hofbieber (Nachfolgend "Auftraggeber") beabsichtigt eine Bilanz der klimabeeinflussenden Treibhausgase im Gemeindegebiet zu erstellen. Dazu sind die Emissionen von Treibhausgasen sowie deren Kompensation zu analysieren. Die durchzuführenden Analysen und Simulationen sollen auf der Datenplattform eines digitalen Zwillings des Gemeindegebietes erfolgen. Diese Datenplattform ist im Rahmen des Projektes zu erstellen und soll die Datengrundlage für die Simulation unterschiedlicher Lösungsansätze zur Erreichung einer Klimaneutralität im Gemeindegebiet sein.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE732 Fulda

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Für die durchzuführenden Untersuchungen sollen KI Prozesse für die Erfassung und Auswertung von Datenbeständen entwickelt werden. Diese KI Prozesse sollen zukünftige Aktualisierungen der Untersuchungen unter Berücksichtigung der Veränderung der Projektdaten des Gemeindegebietes ermöglichen und vereinfachen. Die Projektergebnisse sind in Form einer gehosteten Softwarelösung mit Zugriff auf die Projektdatenbank des kommunalen GIS zu übergeben.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Konzept / Gewichtung: 40 Punkte

Qualitätskriterium - Name: Mitarbeiterprofile / Gewichtung: 30 Punkte

Kostenkriterium - Name: Höhe Pauschalpreise für die Module / Gewichtung: 30 Punkte

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Ende: 31/05/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YKP6LCB/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen.

Bewerbungen oder gegebenenfalls Angebote sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YKP6LCB>.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB bzw. Nachweis von Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB durch entsprechende Angabe in dem Formular "Eignungsnachweise" (Anlage 1 zum Begleitdokument) und ggf. seiner dort geforderten Anlage
- Angabe der Registernummer und des Registergerichts/Berufsregisters in dem Formular "Eignungsnachweise" (Anlage 1 zum Begleitdokument) nebst Kopie des Auszugs aus dem Berufs- oder Handelsregister bzw. Kopie anderer geeigneter Nachweis über die erlaubte Berufsausübung
- Bestätigung der Erfüllung der Verpflichtung der Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung durch entsprechende Angabe in dem Formular "Eignungsnachweise" (Anlage 1 zum Begleitdokument)
- Bei Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften: Erklärung der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft gemäß den Anforderungen in dem Formular "Eignungsnachweise" (Anlage 1 zum Begleitdokument)
- Bei Nachunternehmern bzw. Eignungslieferanten: Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers /eignungsberechtigten Unternehmens gemäß den Anforderungen in dem Formular "Eignungsnachweise" (Anlage 1 zum Begleitdokument)
- Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem "Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG)" durch entsprechende Erklärung in dem Formular "Eignungsnachweise" (Anlage 1 zum Begleitdokument)

HINWEIS:

Mit der vorstehenden "Anlage 1" ist das "Formular Eignungsnachweise" gemeint, welches als Anlage 1 dem Begleitdokument zur Bekanntmachung beigelegt ist. Dieses sowie die vollständigen Ausschreibungsunterlagen stehen vollständig und uneingeschränkt unter <https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YKP6LCB/documents> zur Verfügung.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Angabe des Umsatzes in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2019, 2020, 2021) einschließlich des Umsatzes in dem Tätigkeitsbereich des vorliegenden Auftrags durch entsprechende Angabe in dem in dem Formular "Eignungsnachweise" (Anlage 1 zum Begleitdokument). Sollten die Umsatzzahlen aus dem Jahr 2021 noch nicht vorliegen, sind die Umsatzzahlen aus den Jahren 2018, 2019 und 2020 anzugeben.

HINWEIS:

Mit der vorstehenden "Anlage 1" ist das "Formular Eignungsnachweise" gemeint, welches als Anlage 1 dem Begleitdokument zur Bekanntmachung beigelegt ist. Dieses sowie die vollständigen Ausschreibungsunterlagen stehen vollständig und uneingeschränkt unter <https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YKP6LCB/documents> zur Verfügung.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Eigenerklärung über das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von 2.500.000,00 EUR (mindestens zweifach maximiert je Versicherungsjahr) für Personenschäden und 3.000.000,00 EUR für Sachschäden (mindestens zweifach maximiert je Versicherungsjahr) durch entsprechende Angabe in dem Formular "Eignungsnachweise" (Anlage 1 zum Begleitdokument) bzw. Bestätigung, dass im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird.

HINWEIS:

Mit der vorstehenden "Anlage 1" ist das "Formular Eignungsnachweise" gemeint, welches als Anlage 1 dem Begleitdokument zur Bekanntmachung beigelegt ist. Dieses sowie die vollständigen Ausschreibungsunterlagen stehen vollständig und uneingeschränkt unter <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YKP6LCB/documents> zur Verfügung.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Benennung des zuständigen Projektleiters bzw. der zuständigen Projektleiterin und eines Stellvertreters bzw. einer Stellvertreterin in dem Formular "Eignungsnachweise" (Anlage 1 zum Begleitdokument).
- Angabe der durchschnittlich in den letzten drei Geschäftsjahren (2019, 2020, 2021) festgestellten Mitarbeiter / Mitarbeiterinnen in Vollzeit (Teilzeitbeschäftigte sind anteilig anzugeben) in dem Formular "Eignungsnachweise" (Anlage 1 zum Begleitdokument).

HINWEIS:

Mit der vorstehenden "Anlage 1" ist das "Formular Eignungsnachweise" gemeint, welches als Anlage 1 dem Begleitdokument zur Bekanntmachung beigelegt ist. Dieses sowie die vollständigen Ausschreibungsunterlagen stehen vollständig und uneingeschränkt unter <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YKP6LCB/documents> zur Verfügung.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Eigenerklärung, dass der Projektleiter bzw. die Projektleiterin über mindestens drei Jahre Berufserfahrung (maßgeblich ist der Zeitpunkt der Einreichung des Teilnahmeantrags) in der Leitung von mit der Aufgabenstellung vergleichbaren Projekten verfügt in dem Formular "Eignungsnachweise" (Anlage 1 zum Begleitdokument).
- Angabe von mindestens zwei geeigneten Referenzen des Bewerbers über in den letzten drei Jahren (maßgeblich ist der Zeitpunkt der Teilnahmeantragseinreichung) erbrachten vergleichbaren Leistungen unter Angabe des Wert der gesamten und der eigenen erbrachten Leistung, des Leistungszeitpunkts und des Auftraggebers und der Angabe einer etwaigen öffentlichen Subventionierung durch entsprechende Angabe in dem Formular "Eignungsnachweise" (Anlage 1 zum Begleitdokument).

(weitere) Mindestanforderungen an die nachzuweisenden Referenzen des Bewerbers:

- Mindestens ein Referenzobjekt muss die Visualisierung von Daten von Kommunen betreffen (Realisierung eines Digitalen Zwillings)
- Mindestens ein Referenzprojekt muss, unter Anwendung von KI-Prozessen, die Analyse der Biomasse relevante Objekte enthalten.
- Mindestens ein Referenzobjekt muss eine Mitwirkung bei kommunalen Klimafolgeanpassungen / Analysen enthalten.
- Mindestens ein Referenzobjekt muss das Hosting von vergleichbaren, hier geforderten kommunalen Geoinformationssystemen umfassen.

Eine Referenz kann auch mehrere / alle genannten Mindestanforderungen gleichzeitig erfüllen.

Bewerber können ergänzend zu den in dem Formular "Eignungsnachweise" (Anlage 1 zum Begleitdokument) abgefragten Referenzen auch eine weitergehende Referenzliste einreichen.

HINWEIS:

Mit der vorstehenden "Anlage 1" ist das "Formular Eignungsnachweise" gemeint, welches als Anlage 1 dem Begleitdokument zur Bekanntmachung beigelegt ist. Dieses sowie die vollständigen Ausschreibungsunterlagen stehen vollständig und uneingeschränkt unter <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YKP6LCB/documents> zur Verfügung.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4. Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 10/03/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/06/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

VI.3. Zusätzliche Angaben

Die vorliegende Bekanntmachung betrifft einen Auftrag, dessen geschätzter Auftragswert unterhalb des maßgeblichen Schwellenwertes liegt.

Das Verfahren wird als Verhandlungsvergabe mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb (gem. § 12 UVgO) in zwei Stufen durchgeführt.

Auf der ersten Stufe (Teilnahmewettbewerb) haben die Bieter innerhalb der Teilnahmefrist Teilnahmeanträge einzureichen, die sämtlichen Anforderungen dieser Bekanntmachung sowie des Begleitdokuments (siehe <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YKP6LCB/documents>) genügen müssen.

In einem ersten Schritt wird die Eignung der Bewerber durch den Auftraggeber überprüft. Die Prüfung erfolgt auf Grundlage der durch die Bewerber mit dem Teilnahmeantrag eingereichten Unterlagen.

Die im Teilnahmewettbewerb als geeignet identifizierten Bieter werden sodann zur Angebotsabgabe über das Vergabeportal DTVP aufgefordert. Die Bieter erhalten dazu eine Bieternachricht über das Vergabeportal DTVP sowie eine automatisierte E-Mail des Vergabeportals mit dem Zugang zu dem Projektraum des Vergabeportals, über den die Angebote einzureichen sind.

Bieter haben das Angebot innerhalb der Frist einzureichen, die den im Teilnahmewettbewerb als geeignet identifizierten Bietern mit der Angebotsaufforderung mitgeteilt wird.

Das Verhandlungsverfahren, das sich an den abgeschlossenen Teilnahmewettbewerb anschließt, wird wie folgt ausgestaltet:

Es erfolgt zunächst je Angebot eine Prüfung auf Vollständigkeit der geforderten Angaben und Unterlagen. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte leistungsbezogene Unterlagen nachzufordern. Eine Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen mit Ausnahme von unwesentlichen Preisangaben gemäß § 41 Abs. 2 und 3 UVgO.

Der Auftraggeber behält sich vor, bereits die (Erst-)Angebote zu bezuschlagen.

Nach Prüfung der Angebote auf allgemeine Vollständigkeit und Plausibilität nimmt der Auftraggeber im Regelfall eine Angebotsaufklärung vor. Geeignete Bieter, deren Angebot die formalen Voraussetzungen erfüllen, werden hierbei zu einem Aufklärungsgespräch bei dem Auftraggeber eingeladen, in dem das Angebot vorgestellt und näher erläutert sowie nachgebessert werden kann.

Der Auftraggeber behält sich vor, von einem Aufklärungsgespräch abzusehen.

Der Auftraggeber behält sich vor, Rückfragen zu dem Angebot in dem Aufklärungsgespräch zu stellen. Im Rahmen der Angebotsaufklärung darf über den gesamten Angebotsinhalt verhandelt werden mit Ausnahme der von dem Auftraggeber in den Vergabeunterlagen festgelegten Mindestanforderungen und Wertungskriterien.

Im Anschluss an das Aufklärungsgespräch erhalten alle am Verfahren beteiligten Bieter eine noch zu bestimmende Frist, um innerhalb dieser Frist ihr Angebot zu überarbeiten und nachzubessern.

Der Auftraggeber behält sich vor, auch weitere Aufklärungsgespräche und schriftliche Aufklärungen über die Inhalte der Angebote zu führen sowie weitere Verhandlungsrunden durchzuführen.

Nach Eingang der verbindlichen Angebote erfolgt eine Wertung der Angebote auf Grundlage der unter Ziff. II des Leistungsverzeichnisses (<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YKP6LCB/documents>) niedergelegten Wertungsmatrix.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Darmstadt
Postanschrift: Wilhelminenstraße 1-3 (Wilhelminenhaus)
Ort: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die vorliegende Bekanntmachung betrifft die Vergabe von Aufträgen, welche den maßgeblichen EU-Schwellenwert voraussichtlich unterschreitet. Aufgrund förderrechtlicher Vorgaben wird das Verfahren nach den Vorschriften des GWB-Vergaberechts, des Hessischen Vergabe- und Tariftreugesetz (HVTG) und der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) durchgeführt. Die Vergabekammer ist folglich nicht zuständig.

Gemäß § 18 Abs. 2 HVTG können Bewerber oder Bieter, die sich an einem Verfahren zur Vergabe von Liefer- oder Dienstleistungen ab einem geschätzten Auftragswert von 50.000 € ohne Umsatzsteuer beteiligen wollen oder beteiligt sind, vor Erteilung des Zuschlags einen behaupteten Verstoß gegen die Vergabevorschriften bei der Vergabekompetenzstelle beanstanden. Voraussetzung hierfür ist, dass sie den Verstoß zuvor dem öffentlichen Auftraggeber beanstandet haben und dieser der Beanstandung innerhalb einer angemessenen Frist nicht abgeholfen hat.

Da der öffentliche Auftraggeber dem Regierungsbezirk Darmstadt angehört, ist das Regierungspräsidium Darmstadt zuständige Vergabekompetenzstelle.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Darmstadt
Ort: Darmstadt
Land: Deutschland

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

13/02/2023